

Interpellation Böhi-Wil / Götte-Tübach vom 1. März 2016

Droht der Ostschweiz ein medialer Einheitsbrei?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 19. April 2016

Erwin Böhi-Wil und Michael Götte-Tübach erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 1. März 2016, welche Auswirkungen auf die Berichterstattung über die st.gallische Politik nach dem die Regierung Entscheid der NZZ-Gruppe, die Tagblatt-Medien und die LZ-Medien (Neue Luzerner Zeitung) unter eine gemeinsame publizistische Leitung zu stellen, befürchtet. Die Interpellanten erwarten eine deutliche Verschlechterung der publizistischen Abdeckung der Ostschweiz.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung beobachtet die fortschreitende Umstrukturierung der NZZ-Regionalmedien mit Sorge. Dies hat sie bereits Ende 2014, als die NZZ-Medien in der Ostschweiz und der Zentralschweiz unter eine gemeinsame betriebliche Leitung gestellt wurden, in einem Gespräch mit der NZZ-Leitung wie auch gegenüber der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht. Die nun folgende Unterstellung unter einen gemeinsamen publizistischen Chef erregt noch ernstere Besorgnis. Dass das Tagblatt nicht mehr über eine eigenständige Redaktion verfügt, wird zu einer Beeinträchtigung des spezifisch ostschweizerischen und kantonalen Blickwinkels auf nationale Ereignisse in Politik und Wirtschaft führen. Die Redaktion in St.Gallen wird zunehmend auf einen rein regionalen Fokus eingeschränkt. Überdies bestehen Befürchtungen, dass dies lediglich ein Zwischenschritt auf dem Weg zur völligen Zusammenlegung der überregionalen Ressorts ist.

In einer für die Printmedien herausfordernden Zeit hat die Regierung Verständnis dafür, dass das Unternehmen Synergien und Effizienzgewinne sucht. So wurde in den vergangenen Jahren den Chefredaktoren in St.Gallen und Luzern wiederholt auferlegt, gemeinsam Synergien und Einsparungen zu suchen und umzusetzen. In dieser Absicht wurden auch bis anhin geeignete journalistische Arbeiten stets ausgetauscht bzw. übernommen. Dieses Bestreben, möglichst wirtschaftlich mit den vorhandenen Ressourcen umzugehen, war mit ein Grund, dass die beiden NZZ-Regionalmedien – im Unterschied zum Zürcher Stammhaus – in der Vergangenheit immer Gewinn erwirtschafteten. Nichts einzuwenden ist gegen ein noch engeres Zusammengehen in Bereichen der Verwaltung oder der Lesermarktbearbeitung, ebenso wenig gegen die Einführung eines einheitlichen Redaktionssystems und Layouts. Hingegen beurteilt die Regierung die Zusammenlegung der überregionalen Ressorts (wie Politik, Wirtschaft, Sport, Kultur) als substanziellen Abbau publizistischer Qualität und Vielfalt.

Mit der Einsetzung eines übergeordneten publizistischen Leiters der NZZ-Medien in St.Gallen und in Luzern geht ein Stück regionale Verankerung verloren. Allerdings erscheint die genaue Rolle dieses Leiters Publizistik derzeit noch unklar. So ist es für die Regierung auch schwierig nachzuvollziehen, wie dieser, dem 14 Redaktionen der Ostschweiz und der Zentralschweiz unterstellt sind, den einzelnen Titeln gerecht werden kann. In grossen Teilen des Kantons St.Gallen ist das Tagblatt das dominierende Medium. Deshalb erachtet es die Regierung aus staatspolitischer Sicht als zentral, dass die Zeitung einerseits qualifiziert zur Verständigung der pluralistischen Gesellschaft des Kantons beiträgt, andererseits auf gesamtschweizerischer Ebene Aufmerksamkeit schafft für st.gallische und ostschweizerische Positionen und Einschätzungen. In der föderal organisierten Schweiz lässt sich das nicht von einer zentralen Warte aus steuern.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Regierung teilt die Befürchtung der Interpellanten, dass sich die Zusammenlegung der St.Galler und der Luzerner Chefredaktionen nachteilig auf die publizistische Abdeckung des Kantons St.Gallen auswirken kann. Auch wenn die NZZ-Leitung beteuert, dass das Eigenständige in der lokalen und regionalen Berichterstattung sogar verstärkt werden soll, ist bei einer Zusammenlegung der überregionalen Ressorts (wie Politik, Wirtschaft, Sport, Kultur) eine Einbusse an regional-spezifischer Abdeckung und Profilierung unweigerlich die Folge. Auch die überregionalen Themen sollten möglichst aus einer st.gallischen bzw. ostschweizerischen Perspektive dargestellt werden und dabei die hiesigen Vertreterinnen und Vertreter aus Sport, Wirtschaft, Kultur und Politik zu Wort kommen.
2. Die Regierung hat sich am 10. März 2016 mit den Verantwortlichen der NZZ zu einer Aussprache getroffen. Die Bedenken der Regierung wurden zwar nicht ausgeräumt, aber einzelne positive Aspekte stärker beleuchtet. So erwarte man dank der Bündelung der Kräfte der beiden Medienhäuser eine stärkere Wahrnehmung auf nationaler Ebene. Von einer gänzlichen Zusammenlegung der überregionalen Ressorts an einem Standort geht die Leitung der NZZ-Regionalmedien zurzeit nicht aus. Die Umstrukturierung sei hiermit allerdings nicht abgeschlossen, sondern angesichts des ökonomischen Umfelds ein andauernder Prozess.